

Sozialismus

Heft 4-2016 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

www.Sozialismus.de

Hilmar Höhn:
Ab durch die Mitte



Paul Schäfer: Ukraine
– eingefrorener Konflikt?



Stephan Krüger: Post-
fordismus und Industrie 4.0

Wolfgang Neef:
Das Technik-Fossil

**Forum
Gewerkschaften**

Heinz-J. Bontrup: Deut-
sche Banken in der Krise



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Rechtsruck



Der deutliche Rechtsruck zeigt sich in erster Linie im Wahltriumph der AfD, aber auch im Niedergang der SPD in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sowie der Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Grünen. Auch die Linkspartei hat in diesen Wahlen eine massive Niederlage eingefahren. ...

Gegen Gewalt und Rassismus



In den drei Tagen Beweisaufnahme durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe kristallisierte sich heraus: Die NPD propagiert eine völkisch-rassistische Ideologie, die den Grundsatz der Menschenwürde verletzt. Der Antrag des Bundesrats auf Verbot der neo-nazistischen Partei scheint substantiell begründet zu sein. ...

Was bewirkt »leichtes« Geld?



Der Rat der EZB hat eine weitere Lockerung der Geldpolitik in der Euro-Zone beschlossen. Die Entscheidung war mit Spannung erwartet worden, weil sich die Wirtschaft der Euro-Zone nur langsam erholt, die Preisentwicklung deutlich unter den Zielwerten der EZB liegt und die Börsen Kursverluste verdauen mussten. ...

Rechtspopulismus aus der Mitte

Horst Kahrs: Eine erneute Zäsur im Parteiensystem	2
Joachim Bischoff: Die neue Rechte in der »Berliner Republik«	7
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: AfD-Wähler – bloß verirrt oder verwirrte Systemkritiker?	15
Hilmar Höhn: Ab durch die Mitte. Normalbeschäftigte, Prekarität und die Rolle der Gewerkschaften – eine Replik	20

Über den Umgang mit Fluchtursachen

Uli Cremer: Syrien – türkischer Störfall < sponsored by Berlin	26
Paul Schäfer: Ukraine – neuer »eingefrorener Konflikt«?	30
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Europäische Lösung des Flüchtlingsproblems	35

Forum Gewerkschaften

Stephan Krüger: Industrie 4.0. Einordnung und Erfolgsbedingungen der neuen Produktivkräfte gesellschaftlicher Arbeit	38
Wolfgang Neef: Das Technik-Fossil. Zur strukturellen Prägung der Technik im Kapitalismus	44
Otto König/Richard Detje: Solidarität ist gefordert. »Union Busting« auf der Meyer-Werft	50

Deutscher Finanzsektor – nicht Opfer, sondern Profiteur

Heinz-J. Bontrup: Deutsche Bankenentwicklung in der Krise richtig beurteilen	53
---	----

Kommunisten zwischen den Stühlen

Mario Keßler: Grenzgänger des 20. Jahrhunderts (zu Jünke, Leo Koflers Philosophie der Praxis	63
Werner Abel: Gründliche Ausgrabung einer »gescheiterten Alternative« (zu Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin)	65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	37
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: Trumbo (Filmkritik)	69

Ab durch die Mitte

Normalbeschäftigte, Prekarität und die Rolle der Gewerkschaften – eine Replik

von | Hilmar Höhn



Grafik: freepik.com

Es gibt seit Jahren eine höchst unproduktive Auseinandersetzung über die Ausrichtung gewerkschaftlicher Politik. Es gehe dabei, so haben das Dierk Hirschel und Ralf Krämer in der Ausgabe 2/2016 von *Sozialismus*¹ skizziert, um die Frage, welche Beschäftigtengruppen von den Gewerkschaften künftig angesprochen werden sollen. Die Autoren nehmen eine recht schroffe Zweiteilung vor: die Industriegewerkschaften kümmern sich wie ver.di um gut qualifizierte Beschäftigte. Aber ver.di hat das umfassendere Verständnis von der Arbeitswelt und nimmt auch die soziale Lage der prekär Beschäftigten wahr – und vertritt sie.

Die Versuchung ist groß, in einer Antwort dieser Logik zu folgen. Der Sache, um die es geht, würde das nicht gerecht. Es geht nämlich gar nicht um die Frage, mit welchen Mitgliedern

Gewerkschaften Politik für Gute Arbeit und ein besseres Leben machen. Die Industriegewerkschaften sind nicht die beschriebenen exklusiven Klubs, die blind wären für gesellschaftliche Widersprüche. Die Industriegewerkschaften sind etwa mit den Phänomenen Zeitarbeit und Werkverträge in erheblichem Maß konfrontiert und haben tarifpolitische Lösungen gefunden, diese zu regulieren. Zwei strategische Fragen sind viel interessanter: Wie erreichen die Gewerkschaften die nötige Stärke, um neue Betriebe *in großer Zahl* für Tarifpolitik und Mitbestimmung aufzuschließen? Wie organisieren Gewerkschaften politische Mehrheiten für eine insgesamt bessere Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Die Frage nach dem politischen Subjekt, also zur *tiefen* Ge-

staltung von Arbeitswelt und Demokratie, ist keineswegs trivial zu beantworten. Das zeigt nicht zuletzt die hohe Zustimmung in der Arbeitnehmerschaft für die AfD bei den Landtagswahlen am 13. März. Ein ökonomisch enger Blick auf die Gesellschaft, wie ihn Dierk Hirschel und Ralf Krämer zum Ausgangspunkt ihrer Kritik an der DIW-Studie »Zur anhaltend prägenden Rolle des Normalarbeitsverhältnisses auf dem deutschen Arbeitsmarkt« und der von ihnen konstruierten Position der Industriegewerkschaften machen, hilft nicht weiter. Hier sollen jedoch nicht die Wahlergebnisse der AfD diskutiert werden, sondern die von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) in Auftrag gegebene DIW-Studie zum Fortbestand des totgesagten Normalarbeitsverhältnisses.

Wenn man unbedingt will, kann man die Studie freilich als Apologie einer Edelarbeitergewerkschaft im späten Spätkapitalismus lesen. Die Studie hat aber einen ganz anderen Charakter. Sie ist eine schnörkellose Bestandsaufnahme der sozialen Lage der Arbeitnehmerschaft auf der Basis des Socio-oekonomischen Panels (SOEP).² Es sollte beispielsweise auch kritisch hinterfragt werden, ob die Beschäftigten in der Industrie eine privilegierte Sonderstellung in der Arbeitswelt einnehmen.

Für die Auswertung des Panels wurden neben unbefristet Vollzeitbeschäftigten auch ZeitarbeiterInnen und Teilzeitbeschäftigte mit mehr als 18 Wochenarbeitsstunden, befristet Beschäftigte und Soloselbstständige zu einer Untersuchungsgruppe zusammengefasst – es wurden also auch die Angaben von Frauen und Männern einbezogen, die gemeinhin als atypisch Beschäftigte bezeichnet werden. In der Tat wurde so das Denkkonstrukt des »Normalarbeitsverhältnisses« aus den 1980er Jahren nicht angewandt, das wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der älteren Jahrgänge gelernt haben: Die Norm von der Arbeit ist dann gegeben, wenn sie auf Grundlage eines unbefristeten Arbeitsvertrages in Vollzeit sozialversichert erbracht wird, Entgelt und Arbeitsbedingungen tariflich normiert sind und eine persönliche Abhängigkeit und Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber existiert.

Als das Denkkonstrukt der »Normalarbeit« von Ulrich Mückenberger und anderen entwickelt wurde, war es allerdings schon eine retrospektive Betrachtung der Arbeitswelt der 1970er Jahre – und bekanntlich bereits »unter Druck«. Kaum wissenschaftlich gefasst, befand sich diese Beschreibung der Arbeitsorganisation auf dem Rückzug – und sollte damals dennoch als Zukunftsmodell gelten. Lange folgte das Statistische Bundesamt dieser Definition. Heute legen die Wiesbadener Statistiker andere Kriterien zugrunde: Arbeit in Vollzeit oder Teilzeit mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens 21 Stunden. Ulrich Mückenberger oder Reiner Dombois selbst haben das von ihnen entwickelte Leitbild angesichts der Lage am Arbeitsmarkt vom Kopf auf die Füße gestellt. Da eine Rückkehr zum Normalarbeitsverhältnis (der 1970er Jahre) »weder realistisch noch den ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen angemessen«³ sei, müsse ein neues Leitbild konstruiert werden, meint Reiner Dombois. Auch Ulrich Mückenberger will die Arbeit wieder normalisieren – jedoch nicht als Rekonstruktion einer »zur Fiktion« gewordenen Idee. Man kann die gegenwärtige Diskussion um die Normalarbeit so zusammenfassen, dass sie aus der heutigen Vielfalt von Arbeit erst noch zu formen ist. Es soll na-

türlich die Sicherheit eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses, flankiert durch Mitbestimmung, Tarifvertrag und Sozialversicherung, bestehen bleiben – aber es müssen eben auch zeitgemäße Erwartungen an Dauer und Lage der Arbeitszeit sowie neu entstandene Autonomieansprüche der ArbeitnehmerInnen zu einem normativen Leitbild der Guten Arbeit verdichtet werden, das eine stabile ökonomische Grundlage für ein gutes und gelingendes Leben ergibt.

Bei der Auftragsvergabe wurden noch all jene Arbeitsverhältnisse mit einbezogen, deren Verträge etwa durch Erziehungszeiten ruhend sind, damit wir die ganze Bandbreite erfassen, was heute in der Arbeitswelt als »normal« gilt oder gelten muss.

Es ist vor diesem Hintergrund nicht zu erkennen, dass der Ansatz wie die Ergebnisse der Studie in Widerspruch zu den vorhandenen Erkenntnissen⁴ der Wissenschaft stehen. Die Normalarbeits-Studie ergänzt die vielen Studien, die seit dem Sozialwort der Kirchen 1996 in dichter Reihenfolge das Auseinanderfallen der Gesellschaft in Reiche und Habenichtse unter Verlust eines starken gesellschaftlichen Zentrums beschreiben. Es wird sehr eindrucksvoll herausgearbeitet, dass die realen Brutto- und Nettoeinkommen seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gestiegen sind. Die Studie leugnet nicht, dass es in Deutschland prekäre Arbeit gibt, sie beschreibt die Teilzeitfalle, in die zu viele Frauen im Laufe ihres Berufslebens hineingeraten. Sie weist die systematische Diskriminierung junger ArbeitnehmerInnen und MigrantInnen am Arbeitsmarkt nach. Aber die Studie tut eines nicht: Sie gibt keine Begründung dafür, dass das Konzept einer guten Norm von der Arbeit oder insgesamt die Arbeitsgesellschaft aufgegeben werden muss, wie das etwa die Bayerisch-Sächsische Zukunftskommission unter Beteiligung des Soziologen Ulrich Beck empfohlen hat.

Die Studie liefert allerdings eine differenzierte Analyse, die sich von der zur Routine gewordenen immer neuen Beweisführung des sozialen Zerfalls abgrenzt. Festgestellt wird beispielsweise, dass prekäre Beschäftigung nicht zwingend auch eine prekäre Lebenslage nach sich zieht. Wegen dieser Feststellung wird die Studie doch nicht automatisch die Matrix, mit deren Hilfe die Industriegewerkschaften einen etwaigen Rückzug in die Tarif- und Betriebspolitik⁵ begründen wollen. Diese Studie zeigt,

Hilmar Höhn leitet die Abteilung Politik bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) in Hannover.

¹ Dierk Hirschel und Ralf Krämer, Ab durch die Mitte? Normalbeschäftigte, Prekäre und die Rolle der Gewerkschaften, Sozialismus 2/2016.

² Das Socio-oekonomische Panel (SOEP) ist die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland. Das SOEP ist am DIW Berlin angesiedelt und läuft seit 1984. Aktuell werden jedes Jahr rund 30.000 Befragte in etwa 15.000 Haushalten vom Umfrageinstitut TNS Infratest Sozialforschung befragt.

³ www.iaw.uni-bremen.de/downloads/Dombois-Der-schwierige-Ab-schied.pdf.

⁴ Goebel/Grabka/Schröder: Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch, in: DIW-Wochenbericht Nr.25/2015; Goebel/Gornig/Häußermann: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: DIW-Wochenbericht Nr. 24/2010; Bosch/Kalina: Die Mittelschicht unter Druck, IAQ-Report 4/2015 und Sozialismus 2/2016; OECD: In It Together: Why Less Inequality Benefits All, Paris 2015; OECD: Divided we stand, why inequality keeps rising, Paris 2011; Spannagel: Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück, WSI-Verteilungsbericht 2015.

⁵ Im Gegenteil: Viele der für Gewerkschaften neu erschlossenen Industriebetriebe bauen auf Geschäftsmodellen auf, die viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu prekärer Arbeit zwingt.

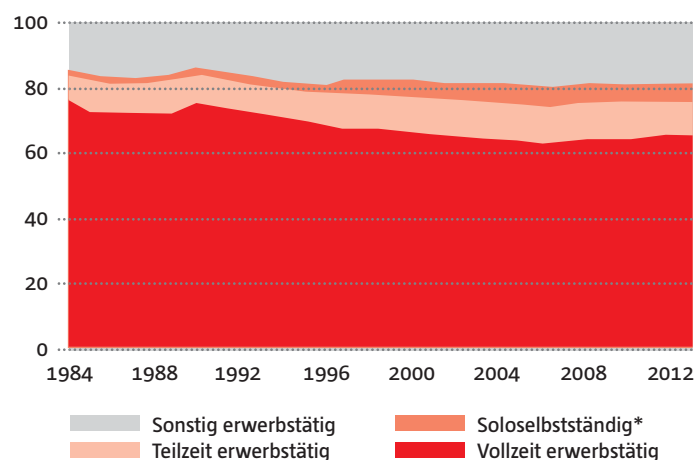
dass Gesellschaft und Arbeitswelt nicht nur mit einem Maß gemessen werden dürfen, wenn wir die politische Stabilität trotz krisenhafter Entwicklungen des Sozialen fassen wollen. Wir haben es, das ist das Fazit, mit zwei gleichzeitigen widersprüchlichen Erscheinungen zu tun: *Stabilität und Erosion*:

Bei den Verdiensten, den Arbeitszeiten und der Qualität der Arbeit gibt es in der Tat seit Jahrzehnten eine Entwicklung rück- und seitwärts. Dafür zahlen die Beschäftigten mit teurer Münze: mit Überstunden oder Unterbeschäftigung, mit Zeitnot, zu geringem Einkommen, mit Burn-Out, Bore-Out sowie Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Die Aufstiegsspirale, früher noch Teil des gesellschaftlichen Wohlstandsversprechens, ist zum Stillstand gekommen. Gut organisierte Beschäftigung wie etwa im Handel wurde durch Minijobber und weniger qualifizierte Teilzeitbeschäftigte ersetzt. Die amtierende Große Koalition hat nicht umsonst ein System gesetzlich garantierter Mindestlöhne etablieren müssen. Es gibt unhaltbare Zustände im Arbeitsmarkt (auch in der Industrie), die dringend einer Neuordnung bedürfen – gegen anhaltenden Widerstand: die Auseinandersetzung um die künftige Ordnung der Zeit- und Werkvertragsarbeit macht mehr als deutlich, gegen welche machtvollen Interessen und Bündnisse die organisierte Arbeitnehmerschaft einen schon nicht weit genug gehenden Gesetzentwurf der Bundesarbeitsministerin verteidigen muss.

Auf der anderen Seite zeigt die Auswertung des SOEP jedoch, dass sich die Qualität der Arbeitsverträge seit der Schöpfung des Leitbildes der Normalarbeit überraschenderweise kaum verändert hat und also von der Normalarbeit keineswegs als einem Sterbefall der Arbeitskultur ausgegangen werden kann (siehe dazu auch Abb. 1). 80 Prozent der Beschäftigten sind recht stabil in Voll- oder Teilzeitarbeit (mehr als 19 Wochenstunden) beschäftigt. Neun von zehn Vollzeitbeschäftigten arbeiten auf der Grundlage unbefristeter Arbeitsverhältnisse, bei den Teilzeitbeschäftigten sind es acht von zehn. Acht von zehn Beschäftigten in dieser Gruppe verdienen 2013 mehr als zehn Euro in der Stunde. Diese Quoten haben sich ausweislich der Daten des SOEP seit drei Jahrzehnten nur geringfügig verändert. Im Gegenteil: Da die Zahl der Befristungen von Arbeitsverträgen zunutzen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestiegen ist, der Anteil der Befristungen insgesamt aber stabil niedrig blieb, müssen die Arbeitsverträge der älteren Jahrgänge sogar stabiler geworden sein. Prekäre Arbeit bedeutet, wie schon erwähnt, nicht zwingend, dass auch ihre Lebenslage prekär ist. Die Studie zeigt, dass viele prekär Beschäftigte Hinzuverdiener in ihrem Haushalt sind.

Das macht ihre Arbeitssituation nicht besser, wie Dierk Hirschel und Ralf Krämer richtigerweise bemerken. Es sind vor allem Frauen, die häufig unter ihren Qualifikationen arbeiten, die wegen Teilzeit vom beruflichen Aufstieg ausgeschlossen sind und oft nicht über ein Einkommen verfügen, welches ihnen im Fall einer Trennung ein eigenständiges Leben ermöglichen würde. Weil aber häufig das Familieneinkommen insgesamt als zufriedenstellend betrachtet wird, ist die Zufriedenheit selbst von Geringverdienern mit ihrem Haushaltseinkommen, ihrer Lebenssituation oder ihrer Arbeit verglichen mit höheren Gehaltsgruppen hoch (siehe Abb. 2-4). Und das erschwert die politische Mobilisierungsfähigkeit.

Abb. 1: Verteilung der erwerbstätigen Personen 1984-2013; Anteile in %



Quelle: DIW Econ-Gutachten »Zur anhaltend prägenden Rolle des Normalarbeitsverhältnisses auf dem deutschen Arbeitsmarkt« (Januar 2015), Abbildungen, S. 14. Datengrundlage: SOEP .v30. Gewichtete Werte. *Leichte Unterschätzung der Soloselbstständigen vor 1997.

Die Feststellung, dass es nicht um eine steile Erosion der Normalarbeit, sondern um einen recht langsamen Niedergang geht (dessen Fortsetzung über die Jahre in der Tat die prägende Rolle der Normalarbeit für den Arbeitsmarkt infrage stellen würde), relativiert in keiner Weise die Erkenntnisse aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung über die zunehmende Spreizung der Einkommen und Vermögen.⁶ Diese Studie ist auch kein Versuch, ein »traditionelles bzw. modernisiert patriarchales Familienmodell« zur Norm zu erklären. Sie ist vielmehr eine Zustandsbeschreibung dessen, was gegenwärtig normal ist. Außerdem bereichert sie die bekannten Daten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um Befunde zu den sozialen Lebenslagen und Selbsteinschätzungen ganz normaler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die nackten ökonomischen Befunde über die immer dünner werdende Mitte der Gesellschaft und über die Bedrohung der unteren Mittelschichten von Armut geben kaum Interpretationsspielraum, wie die Entwicklung der Gesellschaft umgekehrt werden könnte. Der immer neue Nachweis des immer weiteren Verfalls bedeutet vielleicht *ökonomisch* gesehen viel, *politisch* bedeutet diese Feststellung jedoch nichts. Die Gewerkschaften sind keine Medien, die dem ökonomischen Weltgeist helfen, in den Alltag der Menschen zu kommen. Es sind freie Assoziationen, die von der Verfassung gewollt, aber keineswegs garantiert sind. Ihre Durchschlagskraft hängt von der Zahl und der Entschlossenheit der Mitglieder an.

Wäre es einfach so, dass sich unsere Gesellschaft in einem seit Jahrzehnten anhaltenden Verfallsprozess befände, dann bestünde im Jahr 20 nach der Veröffentlichung des Sozialworts der Kirchen kaum mehr Hoffnung auf eine Wende zum Besseren. Die logische Konsequenz wäre dann eine Politik von Zugeständnissen sowie der Bekräftigung alter und die Ergänzung neuer unterer Haltelinien.

Die Notwendigkeit unterer Haltelinien wird von den Industriegewerkschaften nicht bestritten. Die Einführung eines Systems gesetzlicher Mindestlöhne ist ohne jeden Zweifel eine der notwendigen Konsequenzen einer veränderten sozialen Lage.

Abb. 2: Zufriedenheit mit der Arbeit »normaler« ArbeitnehmerInnen nach Bruttostundenlöhnen

Ohne Aus- und Weiterbildung, 2013; Arbeitszufriedenheit von [0] »ganz und gar unzufrieden« bis [10] »ganz und gar zufrieden«

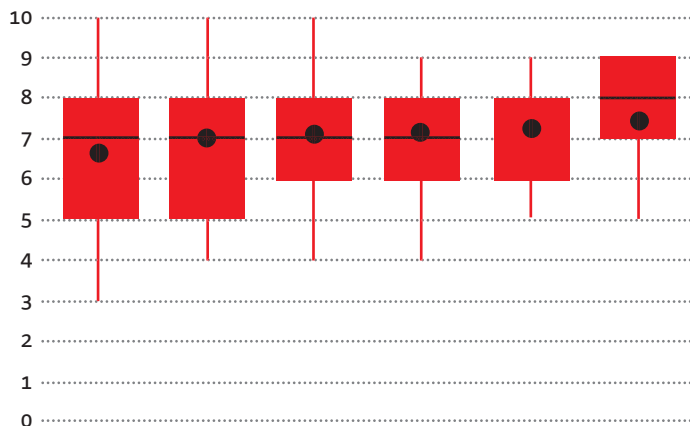


Abb. 3: Zustimmung »normaler« ArbeitnehmerInnen zum Erreichen von Lebenszielen nach Bruttostundenlöhnen

Ohne Aus- und Weiterbildung, 2010; Habe nicht das erreicht, was ich verdiene – von [1] »Trifft gar nicht zu« bis [7] »Trifft voll zu«

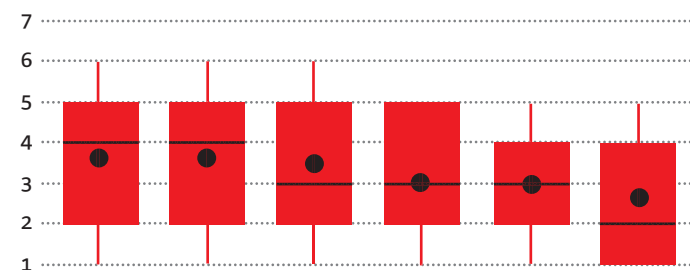
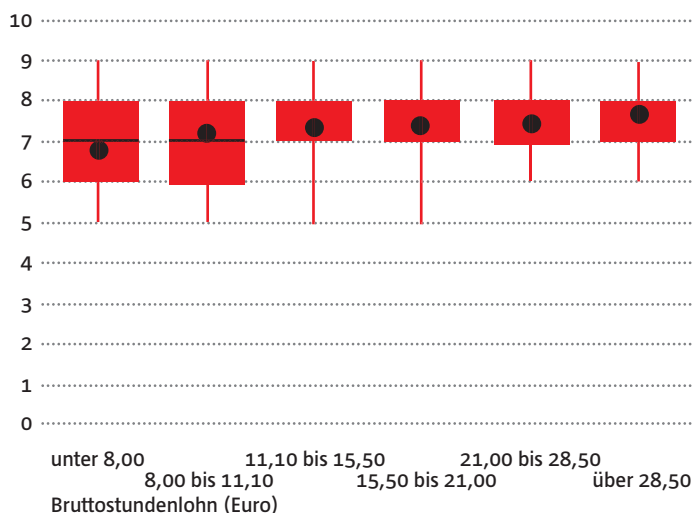


Abb. 4: Lebenszufriedenheit »normaler« ArbeitnehmerInnen nach Bruttostundenlöhnen

Ohne Aus- und Weiterbildung, 2013; Lebenszufriedenheit von [0] »ganz und gar unzufrieden« bis [10] »ganz und gar zufrieden«



Quelle: DIW Econ-Gutachten »Zur anhaltend prägenden Rolle des Normalarbeitsverhältnisses auf dem deutschen Arbeitsmarkt« (Januar 2015), Sonderauswertung nach Stundenlöhnen, S. 27-29; Datengrundlage: SOEP .v30. Gewichtete Werte. Ausreißer werden nicht gezeigt. Boxplot mit 10-, 25-, 50-, 75- und 90-Prozent-Perzentil sowie arithmetisches Mittel (Punkt).

So gesehen ist die Durchsetzung eines solchen Systems ein gewerkschaftlicher Erfolg. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt und im größeren Zeitkontext gesehen markiert jedoch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Ausweitung der Zahl gesetzlich garantierter Mindestlohnverträge eine Zäsur im negativen Sinn. Die Gewerkschaften sind nicht mehr stark genug, um aus eigener Kraft in der Fläche leistungsorientierte Tarifverträge durchzusetzen. Frei verhandelte leistungsorientierte Tarifverträge prägen immer weniger die Arbeitskultur in unserem Land.

Daraus kann man wie Dierk Hirschel und Ralf Krämer aber doch nicht den Schluss ziehen, der Ausweg aus der sozialen Misere unserer Zeit könnte sich in der »Erhöhung bisher niedriger Löhne, u.a. durch Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und tariflicher Mindestlöhne, vermehrte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und tarifliche Aufwertung bisher unterbewerteter Tätigkeiten insbesondere in vielen Dienstleistungen« erschöpfen. Niemand bestreitet die Notwendigkeit dieses Forderungskatalogs. Auch die Industriegewerkschaften nicht. Auch im Steuer- und Abgabensystem muss wieder Gerechtigkeit Einzug halten. Die Zusammenstellung notwendiger Maßnahmen erstaunt aber dennoch, bleibt sie doch weit hinter dem zurück, was die Umstände sowohl gebieten als auch möglich machen.

Doch ehe die Rede von dem sein soll, was angesichts der Lage geboten und zugleich auch möglich ist, herrscht weiterer Klärungsbedarf. Es geht um die Frage, wie es zur Stagnation der Realeinkommen über die Dauer von fast 25 Jahren kommen konnte?

Ein bekanntes Deutungsmuster besagt, dass Schuld an der Misere das Bündnis für Arbeit trage, das am Ende auch wegen der Versuche der Einflussnahme auf die Lohnpolitik scheiterte. Von diesem Bündnis ausgehend habe es ein Jahrzehnt gegeben, in dem die Gewerkschaften den verteilungsneutralen Spielraum nicht ausgeschöpft und so die deutsche Wirtschaft im europäischen Wettbewerb abgewertet hätten. Stimmt auch – wobei die Betonung der Tarifpolitik die Frage aufwirft, in welchen Branchen die Arbeitgeber die wöchentliche Arbeitszeit verlängern und die Löhne drücken konnten und in welchen sie kräftig wuchsen. Solche Schönheitswettbewerbe brauchen die Gewerkschaften aber nicht, weil das Ergebnis als Ganzes gesehen werden muss.

Wie die Auswertung des SOEP zeigt, setzte die Lohnstagnation 1991 ein und hielt ein knappes Vierteljahrhundert an. Da die ausgewerteten Daten nur bis 2013 reichen, wurde die Trendwende 2014 und 2015 nicht erfasst. Der Durchbruch ist bekanntlich nicht einer verbesserten strategischen Ausgangslage der Gewerkschaften geschuldet. Die Mitgliederzahlen steigen zwar in einigen Gewerkschaften – die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten steigt aber schneller. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist der Anteil der in Gewerkschaften organisierten ArbeitnehmerInnen stetig gesunken. Viele Arbeitgeber haben darauf reagiert, indem sie ihre aktive Verbandsarbeit entweder eingestellt haben, sich hinhaltend geben oder den Tarifverband

⁶ Zumal dieser Effekt durch die diesem Aufsatz zugrunde liegende Studie selbst unterstrichen wird: Seit Ende des Kalten Krieges stagnieren die realen Brutto- und Nettoeinkommen.



Demonstration von Telekom-Beschäftigten am 18.4.2012 in Chemnitz (Foto: dpa)

verlassen haben. Das hat die Spielräume der Arbeitgeber, ihre Interessen durchzusetzen, erheblich vergrößert. Mit dem Ende des Kalten Krieges kam die Internationalisierung der Weltwirtschaft hinzu, die, befeuert durch die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen, in sehr kurzer Zeit zu einem großflächigen Austausch der Eigentümer von groß- und mittelständischen Unternehmen geführt hat. Damit entwickelte sich der Einfluss des Rechts und der sozialen Kultur auf unternehmerische Entscheidungen zurück. In diesem Umfeld ist es bis heute nicht ausreichend gelungen, den gewachsenen Anteil der Dienstleistungen (auch im Umfeld der Industrie) in der Arbeitswelt durch Betriebsräte und Tarifverträge in die Kultur des demokratischen Kapitalismus einzugliedern. In einigen Branchen sind die sozialen Beziehungen geradezu verroht.

Es hätte mitten in diesem Prozess ein Zeitfenster gegeben, um die Rahmenbedingungen für den sozialen Fortschritt zu verbessern: 1999. Alle Mitgliedsstaaten, Spanien ausgenommen, wurden von Koalitionen regiert, in denen die Sozialdemokraten den Ton angaben. Es war jedoch die Zeit, in der Gerhard Schröder und Tony Blair ein Dokument veröffentlichten, das die Unmöglichkeit einer »angebotsorientierten Arbeitnehmerpolitik« zum Programm einer neuen Sozialdemokratie erhob. Die Sozialdemokratie in Europa hat sich von dem Schlag, den sie sich selbst zubrachte, bis heute nicht erholt.

Die »Mitte«, die Schröder und Blair 1999 beschworen, hat mit dem hier diskutierten Konzept der »Arbeitnehmermitte« oder »ganz normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern« nichts zu tun. Im Gegenteil: Damals war es ein Konstrukt, das zur Politik der »Bossen« passen sollte. Eine moderne, aufstrebende Mitte sollte gegen die ArbeiterInnen und ihre Gewerkschaften in Stellung gebracht werden. Das Konzept der »Arbeitnehmermitte« unterscheidet sich davon im Grundsatz. Es trennt nicht zwischen prekär, atypisch und normalen Beschäf-

tigten: Es gibt einfach Frauen und Männer, die zum Leben darauf angewiesen sind, ihr Einkommen durch Arbeit zu verdienen. Sie alle haben eine bessere Politik verdient.

Hier endet der kurze historische Rekurs. Allerdings mit einer Anmerkung zur unter Gewerkschaftern beliebten Dreiteilung der Arbeitswelt in Prekariat, atypisch Beschäftigte und die irgendwie normal Beschäftigten. Natürlich ist es wichtig, Lebenslagen und Arbeitswelten differenziert zu erfassen und eigene Politiken für die Gruppen zu entwickeln. Aber der politische Ansatz kann nicht dieser Logik folgen. Wer atypisch Beschäftigte als atypisch Beschäftigte gewinnen will, grenzt sie schon aus. So wie kein Mensch auf der Welt illegal ist, ist er auch nicht atypisch oder prekär. Es geht darum, eben nicht zu differenzieren, das was ist, zunächst als Normalität anzunehmen und zum Besseren (einer normativen Normalität ohne Ausgrenzung, ohne verschiedene Rechte, Pflichten und Möglichkeiten) zu verändern.

Die Erosion der Mitte – und nun ist wieder von den Empfehlungen von Dierk Hirschel und Ralf Krämer die Rede, lässt sich nicht aufhalten, indem immer mehr und immer höhere Mindestlöhne vom Gesetzgeber garantiert werden. Das Mindeste ist keine ausreichende Grundlage für ein gutes und gelingendes Leben. Es wird auch nicht genügen, etwa für Pflegekräfte, Erzieher und Grundschullehrer höhere Einkommen durchzusetzen. Das ist wohl richtig. Was aber ist mit den anderen – sollen die Beschäftigten der Telekom, bei Audi oder Wacker in der Warteschlange verbleiben? Und könnten wir zufrieden sein, wenn eine gerechtere Verteilung in erster Linie durch die Umverteilungssysteme vorankäme, auf die der Staat und nur eingeschränkt die Gewerkschaften Einfluss haben? Das alles sind keine gewerkschaftlichen Ziele – es sind allenfalls Etappen.

Wer mehr will, kann Politik nicht auf Archetypen der Soziologie stützen. Wer politische Veränderungen herbeiführen will, organisiert im demokratischen Staat Mehrheiten. Mehrheiten

können zufällig zustande kommen. Wer aber ambitionierte Ziele verfolgt, muss gezielt ein Bewusstsein der Mehrheit für Veränderungen zum Besseren schaffen. Die Gewerkschaften ver.di und NGG haben das mit der Mindestlohnkampagne eindrucksvoll erreicht. Jetzt geht es um mehr: Um die politischen Koordinaten insgesamt wieder zugunsten der ArbeitnehmerInnen zu verschieben, brauchen diese als Letztes Vorträge über ihre Ausdifferenzierung in prekär, atypisch und normal beschäftigt. Die inhomogene Gruppe der ArbeitnehmerInnen braucht ein *Bewusstsein von sich selbst* als Voraussetzung zur Verbesserung ihrer Lage. Sonst ist sie politisch nicht handlungsfähig.

Die Studie des DIW zur anhaltend prägenden Rolle der Normalarbeit ermöglicht es, in diese Richtung zu denken. Sie negiert nicht die ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen Probleme der Arbeitnehmerschaft: Doch die Ergebnisse der Auswertung zeigen, dass die Arbeitsverträge dieser Mitte stabil und Angestellte wie ArbeiterInnen nicht schutz- und wehrlos den Stürmen der Globalisierung ausgeliefert sind. Wenn fast 90 Prozent der abhängig Beschäftigten sichere Verträge haben, deutlich über dem Niveau des Mindestlohnes verdienen und auch nicht alle in Teilzeit Beschäftigten morgens aufstehen und über ihr Los verzweifeln, dann gibt es ein Reservoir von Gemeinsamkeiten, das sich politisch mobilisieren lässt, um die Erosion der Mitte nicht nur zu stoppen, sondern auch aufzubrechen und die bevorstehenden 20er Jahre zu einem Jahrzehnt des demokratischen und sozialen Fortschritts zu machen.

Die ständige Beschwörung des Zerfalls hat das Projekt des demokratischen Fortschritts in eine ungünstige Ausgangslage gebracht, wie andere Ergebnisse der Forschung nachweisen. Während also das Normalarbeitsverhältnis immer noch den Arbeitsmarkt prägt, definieren sich jedoch unbefristet Vollzeitbeschäftigte zunehmend als privilegiert und reduzieren Erwartungen zusehends auf Wünsche, wie die Wissenschaftler Stefanie Hürtgen und Stephan Voswinkel vom Institut für Sozialforschung in Frankfurt herausgearbeitet haben.⁷

Statt Selbstzweifel zu verdichten, kommt es also darauf an, ein Bewusstsein von der gemeinsamen Lage und den gemeinschaftlichen Zielen zu schaffen. Das ist der Schlüssel, um jene gesellschaftliche Mehrheit zu organisieren, die auf vielfältige Weise in der Lage ist, unter den gegebenen Produktions- und Eigentumsverhältnissen dem Demokratischen und Sozialen Geltung zu verschaffen. Deswegen ist die von Dirk Hirschel und Ralf Krämer gewählte Überschrift »Ab durch die Mitte« pro-

grammatisch gar nicht so falsch. Es geht nicht darum, die Ränder der Gesellschaft zu verkleinern, sondern darum, den Erosionsprozess im Zentrum umzukehren und die Ränder wieder in ein wachsendes und sozial aufstrebendes Zentrum zu integrieren. Das Ziel gewerkschaftlicher Politik wird in der Überwindung von Mindestlöhnen durch bessere Tarifabschlüsse bestehen. Die Auseinandersetzung muss also darum geführt werden, die Reichweite als auch den Wirkungsgrad von Tarifverträgen stetig zu erhöhen.

Eine bessere Primärverteilung zugunsten der abhängig Beschäftigten steht weder im Widerspruch noch ersetzt sie eine gerechtere Verteilung mithilfe von Steuern und Sozialversicherungen. Im Gegenteil: In dem Moment, in dem es gelingt, die Primärverteilung – das Verhältnis von Einkommen und Gewinnen – stärker um ein gerechtes Zentrum zu konzentrieren, ist auch genügend Kraft vorhanden, Reformen im Steuerrecht und in den Sozialversicherungen zu bewirken. Eine demokratische und soziale Reorganisation der Arbeitswelt, eine aktive Zivilgesellschaft und ein starker, handlungsfähiger Staat, das wären die Elemente, die eine *Starke Gesellschaft* am Ausgang der 20er Jahre unseres jetzigen Jahrhunderts von der gegenwärtig indifferenten Lage unterscheiden würde, in der es einer Zusammenrottung von Reaktionären (AfD) gelingt, von ArbeiterInnen und Angestellten gewählt zu werden.

Deswegen sei vor vorschnellen Allianzen in Parlamenten – nur weil sie nach Zahl der Mandatsträger möglich wären – gewarnt. Damit Gesetze dauerhaft ihre Wirkung entfalten, dürfen sie keine toten Gesetze sein, hergestellt zur Veröffentlichung im Bundesanzeiger und anschließender Betreuung durch Polizei, Zoll und Finanzkontrolle. Die Vermögenssteuer wird erst dann zum lebendigen Gesetz, wenn hinter ihr eine parlamentarische und eine gesellschaftliche Mehrheit stehen. Derzeit ist beides nicht der Fall. Es gibt nicht erst seit dem 13. März 2016 keine gesellschaftliche Mehrheit für den Fortschritt. Die anhaltende Volatilität der politischen Verhältnisse ermöglicht es jedoch, diese zu organisieren – wenn man nur will. Das setzt ein hohes Maß an Entschiedenheit darüber voraus, ob man die Realität wissenschaftlich korrekt beschreiben und die Politik für ihre Fehler kritisieren will oder von dieser Analyse ausgehend Mehrheiten für eine *Starke Gesellschaft* organisiert.

⁷ Hürtgen, Stefanie/Voswinkel, Stephan: Nichtnormale Normalität, 2014.



Sparen bringt nichts!

Jetzt garantierte politische Rendite sichern – mit einer Spende an Sozialismus:

**Konto für Spenden und Abonnements:
Richard Detje | Hamburger Sparkasse
IBAN: DE28 2005 0550 1268 1209 77
BIC: HASPDEHH**

Danke für Ihr Vertrauen!

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ☐ ABC ☐ Mandel ☐ Roth

☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ☐ ABC ☐ Mandel ☐ Roth

☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

